



# HESSISCHER LANDTAG

16. 11. 2011

*Zur Behandlung im Plenum  
vorgesehen*

## **Dringlicher Antrag der Fraktion DIE LINKE**

### **betreffend Mord und Verbrechen durch rechte Terroristen in Deutschland und Hessen**

Rechte Terroristen des sogenannten "Nationalsozialistischen Untergrunds" haben offensichtlich über 10 Jahre lang in Deutschland unerkannt schwerste Verbrechen verübt, darunter eine Reihe kaltblütiger Morde, Sprengstoffanschläge und schwere Raubüberfälle. Sie töteten gezielt Mitbürger mit Migrationshintergrund und eine junge Polizistin. Dutzende weitere Menschen wurden teils lebensbedrohlich verletzt. In Kassel fiel der Internetcafébetreiber Halit Y. einem heimtückischen tödlichen Angriff im April 2006 zum Opfer.

In Politik und Öffentlichkeit wird kritisch die Rolle der Sicherheitsbehörden hinterfragt, insbesondere die des Verfassungsschutzes. Es ist bislang unerklärlich, wie und warum es der Gruppe trotz Kontakten und Erkenntnissen der Sicherheitsbehörden über den rechtsextremen Hintergrund und über Anschlagsvorbereitungen seit 1998 gelingen konnte, sich laufenden Ermittlungen zu entziehen und jahrelang unerkannt und unbehelligt ganze Serien schwerster terroristischer Verbrechen in mehreren Bundesländern zu verüben.

Der Landtag wolle beschließen :

1. Der Landtag verurteilt mit tiefster Empörung die menschenverachtenden Verbrechen der Gruppe "Nationalsozialistischer Untergrund". Der Hessische Landtag nimmt Anteil am Leid der Opfer und dem Leid ihrer Familien. Sie müssen nun die volle gesellschaftliche Solidarität erhalten und können die vollständige politische und juristische Aufklärung aller Hintergründe sowie eine Verurteilung der Täter und Unterstützer dieses rechten Terrors zu Recht erwarten.
2. Der Landtag fordert die Hessische Landesregierung auf, alles dazu beizutragen, um öffentlich Klarheit herzustellen über die Gründe der Fehleinschätzungen sowie mögliches Fehlverhalten und Unterstützung rechter Strukturen durch die Sicherheitsbehörden. Dazu muss eine unabhängige Untersuchung unter Beteiligung unabhängiger Sachverständiger auf Landes- und Bundesebene erfolgen. Die ausschließlich auf Basis von Geheimdienstinformationen und geheim tagenden parlamentarischen Kontrollkommissionen von Bund und Ländern können dies nicht leisten. Die Betroffenen und die Öffentlichkeit haben jedoch ein Recht auf vollständige Aufklärung der Hintergründe sowie ein Recht auf politisch verantwortliches Handeln.
3. Der Landtag fordert die Landesregierung auf, sich bei der Bundesregierung einzusetzen für die Rücknahme der Kürzungen bei Programmen gegen Rechtsextremismus und die Rücknahme der jüngst eingeführten "Extremismus-Klausel", mit welcher gesellschaftlich-antifaschistische Bildungsarbeit pauschal kriminalisiert und geschwächt wird.
4. Der Landtag fordert die Landesregierung auf, die jahrelangen Steigerungen der Mittel für das Landesamt für Verfassungsschutz auf das Maß von 2006 zurückzuführen und für die Unterstützung ziviler Pro-

jekte, Vereine und Organisationen zur Bekämpfung des Rechtsextremismus umzuwidmen. Im Gegensatz zum Landesamt für Verfassungsschutz ist die Arbeit in zivilen Projekten, Vereinen und Organisationen transparent, erfolgreich und nachweislich frei von rechten Strukturen.

5. Der Landtag fordert die Landesregierung auf, sich endlich dem bundesweiten Arbeitskreis für ein NPD-Verbot anzuschließen und V-Leute aus faschistischen Gruppen und Organisationen abzuziehen.
6. Der Landtag fordert alle Menschen auf, sich im Sinne von Frieden, Freiheit und Völkerverständigung gegen Rassismus und Faschismus in Hessen, Deutschland und Europa zu wehren.

**Begründung:**

Erfolgt mündlich.

Wiesbaden, 16. November 2011

Der Fraktionsvorsitzende:  
**van Ooyen**